



## Antrag

der Fraktion des SSW

### **Beschäftigungsmöglichkeiten für von den Standortschließungen der Bundeswehr betroffene zivile Mitarbeiter schaffen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, den zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die von der Bundeswehrreform betroffen sind, Hilfestellung zu geben, zukünftig in Schleswig-Holstein in öffentlichen Verwaltungen der Kommunen und des Landes beschäftigt werden zu können.

Hierfür ist bis 2020 regelmäßig der Bedarf in den einzelnen regionalen Behörden zu ermitteln und zentral an eine einzurichtende Koordinierungsstelle des Landes zu melden.

Weiter fordert der Schleswig-Holsteinische Landtag die Landesregierung auf, Gespräche mit der Bundesregierung mit dem Ziel zu führen, Anreize für die öffentlichen Arbeitgeber in Schleswig-Holstein zu schaffen, die es erleichtern, betroffene zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter in Schleswig-Holstein zu beschäftigen.

Anke Spoorendonk  
für die SSW-Fraktion